

UWE kritisiert Verdrehung von Tatsachen und weist Vorwürfe zurück

In der Berichterstattung der letzten Wochen hat ein Thema für Schlagzeilen gesorgt: Der kurzfristig eingereichte Antrag der UWE-Fraktion zum Thema „Steuersenkung in der Gemeinde Extertal“, der zum Disput in der letzten Ratssitzung (Haushaltsverabschiedung) führte. Der Unmut in der Bevölkerung ist verständlich. Im politischen Tagesgeschäft, wie im realen Leben, ist es jedoch nicht immer leicht, Streit und kontroverse Meinungen zu verhindern. Fraktionsvorsitzender Manfred Stoller: *„Aufrichtigkeit ist unsere politische Maxime. Ein abgekartetes Spiel, strategische Absprachen oder eine Nacht- und Nebelaktion, wie von CDU und FDP in den Medien kommuniziert, lassen wir uns nicht vorwerfen.“*

Unser Antrag zur Steuersenkung enthält folgende Kernaussage: *„In den letzten Jahren haben wir in den Haushaltsberatungen immer die Meinung vertreten, dass es von der Sache her geboten wäre - und auch das Ziel sein muss - den Gewerbesteuerhebesatz zu senken. Nach Abwägung aller Argumente haben wir uns jedoch bisher nicht zu diesem Schritt durchringen können“* - auch die anderen Fraktionen hätten dies in den letzten 5 Jahren nie getan. Hauptgründe für uns als UWE waren die finanziellen Rahmenbedingungen der Gemeinde und die notorische Unterfinanzierung durch Bund und Land. Nun liegt ein politischer Antrag vor und wir erklären nach einem erneuten Meinungsbildungsprozess unsere Zustimmung.“

Der Antrag der FDP, der lediglich auf die Reduzierung der Gewerbesteuer abzielt, ist aus UWE-Sicht nicht weitreichend genug: *„Wenn schon eine Steuersenkung, dann ist es aus unserer Sicht fair und angemessen, aus dem Gleichbehandlungsgrundsatz die Extertaler Bürger ebenso durch eine Senkung der Grundsteuern davon profitieren zu lassen. Daher haben wir dies in einem eigenen Antrag beschrieben“*, so Michael Wehrmann (stv. Fraktionsvorsitzender) in der Ratssitzung am 19.12.19. Ratskollege Hans Friedrichs ergänzt: *„In unserem Antrag haben wir uns konzeptionelle Gedanken zum Thema „Wirtschaftsförderung und -entwicklung“ in unserer Gemeinde gemacht. Wir glauben, dass eine Senkung von 10 %-Punkten zwar ein gutes Zeichen in Richtung Gewerbe ist, aber letztlich keine oder nur wenige positive Effekte auslöst.“*

Die UWE abschließend gegenüber der Presse: Mit dem Erweiterungsantrag, ebenso „Senkung Grundsteuern A und B“, würde der Haushalt 2020 weiterhin eine positive Bilanz aufweisen und nicht in den Defizit-Bereich abrutschen. Ein kleiner Sprung über den eigenen Schatten aller Fraktionen hätte in der vergangenen Ratssitzung sofort zu einem Ergebnis geführt, nämlich eine Senkung für alle. Nun wurde die Thematik auf eine Sitzung im Februar 2020 vertagt.

Stoller: *„Aus Verantwortung für unsere Gemeinde haben wir dem Haushalt 2020 zugestimmt, denn es ist ein Haushalt, der Mut und Zuversicht ausstrahlt, ein Haushalt, mit dem sich Extertal nicht verstecken muss - mit vielen sinnvollen und notwendigen Investitionsansätzen“.*

Zur Berichterstattung der letzten Wochen ist sich die UWE-Fraktion einig: *„Konstruktiver Streit und Geduld sind notwendig. Der Umgangston im Rat und in den Ausschüssen ist nicht immer von Respekt geprägt. Der Ton macht bekanntlich die Musik.“* Diese Worte aus der Haushaltsrede spiegeln die Art des Umgangs mit dem Thema „Steuersenkungen“ wider. Die UWE erhofft sich einen fairen, sachlichen Wahlkampf, den die Fraktionen der CDU und FDP mit ihrer teils überzogenen Berichterstattung bereits begonnen haben.

Weitere Informationen: www.uwextertal.de

Ende des Presseberichts

Hintergrundinformation:

Folgende Erklärung gebe ich, Manfred Stoller, als Vorsitzender der UWE-Ratsfraktion ab: Der Sachverhalt bzgl. der Extertaler Steuerdebatte ist sicherlich nicht einfach; unterschiedliche Wahrnehmungen und Sichtweisen erschweren eine objektive Beurteilung. Aufgrund eines Krankenhausaufenthaltes war ich nicht in der Lage, sofort auf die Berichterstattung in den Medien zu reagieren und Stellung zu beziehen. Meine Sichtweise - mit der Fraktion abgestimmt - ist folgende (Einzelaspekte können gerne im Artikel verwendet werden - sofern sie zur Aufklärung beitragen):

Behauptung: Die UWE hat im Finanzausschuss gegen die Senkung der Gewerbesteuer um 10 %-Punkte gestimmt (FDP-Antrag) - Hinweis: Der aktuelle Hebesatz der Gewerbesteuer liegt in Extertal bei 485 Prozentpunkten.

Richtig ist: Es hat nie eine Abstimmung über den FDP-Antrag gegeben. UWE und CDU haben in ihren schriftlichen Anträgen zum Haushalt 2020 zum Ausdruck gebracht, dass der Haushaltsansatz in puncto Steuern so akzeptiert wird - also keine Änderung bei den Steuern. Die SPD hat dies nicht explizit schriftlich zum Ausdruck gebracht, aber die gleiche Position in der Diskussion mündlich vertreten.

Behauptung: Mit dem kurzfristig eingereichten Erweiterungsantrag wollte die UWE-Fraktion die anderen Fraktionen politisch unter Druck setzen.

Richtig ist: Das war mitnichten die Absicht der UWE. Wenn das so empfunden wird, was letztlich zum Disput führte, nehmen wir das so hin und müssen es so stehen lassen. Es standen keine strategischen Überlegungen hinter dem zugegebenermaßen sehr kurzfristig eingereichten Antrag (18.12. / 14.32 Uhr). Normalerweise werden von der Verwaltung zu Anfang der Ratssitzung kurzfristig eingereichte Anträge zur Abstimmung vorgelegt (§ 11 der Geschäftsordnung), und dann wird darüber abgestimmt, ob dieser Antrag zur Sitzung zugelassen wird oder nicht.

Dieses „übliche“ Vorgehen ist leider versäumt worden.

Es ist zwar richtig, dass Fraktionen auf Wunsch genügend Zeit für die Beratungen von Themen bekommen. Das war aber in dieser besonderen Situation nicht mehr möglich. Die für den Haushalt 2020 entscheidenden Finanzausschusssitzungen waren zeitlich sehr kurz getaktet (12. und 17. Dezember), weil eine Verabschiedung noch vor Weihnachten erfolgen sollte. In der Sitzung am 17.12. fand eine Diskussion zum Thema nicht mehr statt. CDU und FDP vertraten die Meinung, über eine Senkung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer um 10 Prozentpunkte in der Ratssitzung am 19.12. abzustimmen. Diese aus Sicht der UWE „Geheimniskrämerei“ und mangelnde Offenheit konnten wir nicht verstehen und haben dies auch kritisiert.

Für uns lag die Vermutung nahe und so haben wir es auch interpretiert, dass bzgl. der Gewerbesteuer senkung ein Sinneswandel eingetreten sei. Wäre das in der besagten Finanzausschusssitzung bereits erkennbar gewesen, dann hätten wir sofort unsere Vorstellungen vorgetragen, nämlich auch die Grundsteuern A und B im gleichen Maße zu senken.

Behauptung: Die UWE will sich auf Kosten anderer profilieren und hätte die Steuersenkung als eigene Idee verkaufen wollen. Das wäre auch bereits dem Vorwahlkampf geschuldet.

Richtig ist: Wer unseren Antrag mit konzeptionellen Überlegungen liest, wird erkennen, dass dieser Vorwurf absolut falsch ist. Nach der Finanzausschusssitzung 2 Tage vor der Ratssitzung am 19.12. (Donnerstag) hatte sich eine intensive Diskussion unter den UWE-Ratsmitgliedern entwickelt, die am Mittwochmorgen telefonisch fortgeführt wurde. Ergebnis einstimmig: Die UWE stimmt der Senkung bei der Gewerbesteuer zu (FDP-Vorstoß), beantragt aber gleichzeitig die Reduzierung bei den Grundsteuern A und B in gleicher Höhe (siehe Antrag).

Behauptung: Es hat eine Absprache und Abstimmung mit dem anderen Antragsteller gegeben.

Richtig ist: Das ist nicht der Fall. Dieser Vorwurf wurde von einer Fraktion ohne stichhaltige Argumente erhoben und in den öffentlichen Raum geworfen. Für die UWE-Fraktion war es absolut wichtig, einheitlich zu verfahren (gleichzeitige Profitierung von Gewerbe und Bürgern bei einer Senkung der Steuern).